

Bezugsgebühr:

Gesetzlichste für Dresden bei täglich  
gewöhnlichen Ausgaben durch urheb.  
Zeitung abends und morgens, an  
Samt. und Sonntags nur einmal  
zu 10 Pf. durch anderthalb Kom-  
militärs zu 10 Pf. bis 2 Uhr so 20 Pf.  
Bei stummler Ausgabe durch die  
Zeitung zu 10 Pf. ohne Belehrung, im Rück-  
land mit entsprechenden Goldlängen.  
Abdruck oder Kritik u. Original-  
ausgaben aus mit deutscher  
Censurangabe (Fried. Rada.)  
gelassen. Rücksichtige Honorar-  
ansprüche der Redaktion überfließlich;  
unbedeutende Beiträge werden  
nicht aufmerksam.

Tageszeitung für  
Städte und Provinzen.

Dresden.

# Sächsische Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck &amp; Co.

Hofflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Chocoladen, Cacaos  
Desserts.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carls.

Wochen- und Einzelblätter  
bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und  
Orienttag nur Sonntagsabend von  
11 bis 1/2 Uhr. Die tägliche Grun-  
deitung am 6. September zu 10 Pf., Zu-  
nehmungen auf der zweitwöchige Seite  
zu 10 Pf., als Einzelblatt Seite  
zu 10 Pf. Im Nummern aus Sonn-  
und Osterzeit 10 Pf. tägliche Grun-  
deitung zu 10 Pf., auf Sonntags 10 Pf.  
Scheinige Seiten auf Tertiale und als  
Einzelblatt zu 10 Pf. Auskündige An-  
kündigungen folgen 10 Pf. Wochentage  
folgen 10 Pf.

Schriftsteller: Nr. 11 und 2000.

Gewerbeblätter: Marienstr. 20.

Größtes  
Lager!  
**Garten-**  
Schläuche  
Gummischläuche  
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wattnerstr. 26 /  
Telephon 289.

Reinst  
u. mildeste  
aller  
Toilette-  
— Seifen!  
**Cosmos**  
Gothmanns  
Seife  
ist die beste  
für das Teint  
Pflege 25 Pf.

Hochfein  
parfümiert.  
Zu haben in  
all. einschl.  
Geschäften  
**Raucht**  
PATENT STRICKMUNDSTÜCK CIGARETTE  
von  
PERFECTION  
an  
Egyptian Cigarette Company  
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a. M.  
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Münze in Silber,  
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

**Regenschirme** in grösster Auswahl  
empfiehlt **C. A. Petschke**, Wilsdruffer Strasse 17, Prager Strasse 47  
Amalienstrasse 6.

Nr. 119. Siegel: Die nächsten Reichstagswahlen. Säularier der zeit. Artillerie, Verein deutscher Eisenhüttenleute. Nutzungs-Bitterung. Mittwoch, 2. Mai 1906.

## Die nächsten Reichstags-Nachwahlen.

In den zwischen Ostern und Pfingsten liegenden Tagungsabschnitt des Reichstags fallen eine Reihe von Ereignissen, die teils wegen der außerordentlichen Bedeutung der politischen Kämpfe, die sie entfesselt haben, teils wegen ihrer kampfpolitischen Bedeutung für die im Jahre 1908 bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag allseitige Beachtung verdienen. In Dresden - Großherzog, wo eine Nachwahl erforderlich wurde, weil dem sozialdemokratischen Abgeordneten das „zu Hause geben“ so verleidet worden war, daß er nonplus volens sein Mandat niedergeliegt, ist die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen, aber bereits am 4. Mai soll die Stichwahl stattfinden. Der Wahlauszugshut der vereinigten Liberalen Freisinnigen, Demokraten und National-Sozialen, von deren Haltung der endgültige Wahlauszug abhängt, hat dazu - so unglaublich es auch klingen mag - die Vorworte zu Gunsten des Sozialdemokraten abgegeben. Der Aufruf will vom grundsätzlichen Standpunkte aus nicht entscheiden, wer von den beiden Mandatsträgern das „kleinere Nebel“ sei, da einerseits die Vorzüglichkeit des nationalliberalen Kandidaten auf vorläufigem Gebiet durch die reaktionäre Haltung dieser Partei in Fragen des Geistes- und Wirtschaftslebens und ihre enge Verbindung mit den rechtsliberalen Parteien aufgewogen würden, und andererseits die Sozialdemokratie wegen ihres unfruchtbaren Radikalismus in vorläufigen Dingen sich die berechtigte Abneigung des Bürgertums in hohem Maße augezogen habe. Vom Standpunkte der politischen Forderungen dagegen müßte die Entscheidung gegen die Nationalliberalen fallen, denn mit Wehrfragen würde sich nach Erledigung der Abstimmung der Reichstag für den Rest dieser Legislaturperiode nicht zu beschäftigen haben, in den Fragen des Wahlrechts, der Volksrechte, der indirekten Steuern und der Lebensmittelpolitik sei aber auf die Nationalliberalen kein Verlust. „Zu beachten ist auch, daß die Darmstädter und die bessischen Nationalliberalen nur durch unsere entschiedenste Opposition vor weiteren Konzessionen an ihre reaktionären Verbündeten gewarnt und auf den Weg zu einer großen, wahrhaft liberalen Gruppe nach badischen Muster hingelenkt werden können.“ So sind die Umstände ganz vernachlässigt, die Aussichten für das staatsverhaltende Bürgertum recht ungünstig erscheinen zu lassen. Das ist um so bedauerlicher, als der „Genosse“ Berthold ein Mann nach dem Herzen der Mehring, Stadtgängen, Adolf Hoffmann ist, die der radikalsten Richtung der Sozialdemokratie angehören. Erklärt sich am 4. Mai in Darmstadt-Großherzog die Mehrheit der Wähler, die in der Wahl von 1903 das Mandat dem Revisionisten Crämer übertragen hat, nunmehr für den Erzrevolutionär Berthold, so ist das nicht nur ein Triumph der sozialdemokratischen Autorität und Organisation, sondern auch eine Niederlage des staatserhaltenden Gedankens, des nationalen Bürgertums, wie sie eklanter und betrübender kaum gedacht werden kann.

Von noch größerem Interesse ist die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Parteien im Wahlkreis Hagen-Schweinfurt. Der Tod Eugen Richters hat dort ein völlig neues Gesamtbild der politischen Verhältnisse geschaffen, indem alle vierjährigen Stimmen und Strömungen entfesselt wurden, die bis dahin durch freiwillige oder notgedrungene Mäßigungskräfte auf die hochgelebene Feindseligkeit Eugen Richters nüchtern waren. Nicht weniger als vier Parteien bzw. Kandidaten treten jetzt als Bewerber um das Mandat auf. An erster Stelle macht die freisinnige Volkspartei unter Verwendung darauf, daß Richter dieses parlamentarisch länger als dreihin Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen der Partei erhalten hat, ihren Anspruch geltend. Sie hat den ersten Bürgermeister von Hagen, Herrn Cuno, als Kandidaten designiert. Ob ihm freilich wieder 10 577 Stimmen auffallen werden, wie sie Richter noch 1903 gegenüber 5786 nationalliberalen Stimmen auf sich vereinigt hat, darf bezweifelt werden. Herr Cuno ist als eine Losalgröße anzusprechen, in weiteren Kreisen muß er als homo novus gelten. Über das nicht allein. Das Zentrum, das in der Wahl vor drei Jahren über 4500 Stimmen erhielt, im Kreise also eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, ist dem freisinnigen Kandidaten nichts weniger als freundlich gesinnt. Im ultramontanen Lager wird mit aussichtsreicher Häufigkeit und Deutlichkeit daran erinnert, daß eine anständige der feindlichen Aufnahme des Evangelischen Bundes in Hagen einberufene katholische Brotversammlung am 14. Oktober 1902 eine Resolution angenommen hat, in der erklärt wurde: „dab der Erste Bürgermeister Cuno durch sein Verhalten des Vertrauens der Hagenen Katholiken bis auf den letzten Rest verlustig gegangen ist“. Die gesamte Zentrumsprese, mit Ausnahme des Hagenen Zentrumsblattes, das von einer Belehrung des Herrn Cuno zu einer „besseren Auschauung über den Katholizismus“ zu berichten wußte, hat dann jenes Gedächtniswort nachgebetet: schließlich ist das

letzte Wort in dieser Angelegenheit von der „König. Volkszeitung“ ausgesprochen, und das lautet: daß, wenn nicht Herr Cuno von seiner Kandidatur zurücktrete, Eugen Richter wohl der lebte freisinnige Vertreter des Wahlkreises Hagen gewesen sein werde. Also in alter Form eine Ablage an die am Zentrumshilfe technischen Freisinnigen. Das Zentrum aber ist die angeschlagene Partei! Die Wählern von 1903 sind: Sozialdemokratie 13 870, Freisinn 10 577, Nationalliberalen 5786, Zentrum 4626, Christlich-Soziale 101. Im Falle einer Stichwahl werden die Stimmen der Nationalliberalen, die Professor Woldenbauer als eigenen Kandidaten aufgestellt haben, selbstverständlich dem Freisinn zufallen. Somit würden dann rund 14 000 sozialdemokratische 16 000 überwunden Stimmen gegenüberstehen. Die Entscheidung liegt also beim Zentrum und schließlich bei dem kleinen Haufen des Christlich-Sozialen, die diesmal auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet haben. Als Wahlstandort des Zentrums kommt der führende in Hagen wohnende christliche Arbeitervorsteher, der Sekretär der „Westf. Arbeiter-Ztg.“, Becker. Die Sozialdemokratie, die relativ starke Partei, hat den Genossen König auf den Schiß erhoben. Was der Freisinn durch den Tod Eugen Richters in Hagen-Schweinfurt verloren hat, will er durch die Wahl Cuno, der sich im Kreise großer Sympathien erfreut, gut zu machen suchen. Es fragt sich aber, in welchem Umfang die Arbeitervorsteherung, soweit sie Jahrzehnte hindurch für Eugen Richter eintrat, noch weiter den Freisinn unterstützen wird. So trifft die freisinnige Volkspartei mit großer Vorsicht und hilfesuchend, die Sozialdemokratie aber leider auch hier wieder mit großer, nur zu sehr berechtigten Hoffnung und im Bewußtsein der eigenen Kraft in den Wahlkampf ein. Nur ein ehrliches, geschlossenes Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien kann das Unheil abwenden.

Noch wahrlichlicher ist der Sieg der Sozialdemokratie im Wahlkreis Hannover-Linden, wo am 22. Juni die Entscheidung für den verstorbenen Abgeordneten Weißer stattfindet. Im Jahre 1903 haben die bürgerlichen Parteien zusammen 21 231, die Sozialdemokratie allein aber 29 281 Stimmen aufgebracht! Mit Zug und Recht kann also die gesamte sozialdemokratische Presse den Sieg ihres Kandidaten als völlig sicher ansehen. Wenn man auf bürgerlicher Seite, wo übrigens noch jetzt Zentrumsteile, Welfen und Nationalliberalen in voller Erbitterung einander gegenüberstehen, auf eine stärkere Wahlbeteiligung hofft, so wird sich dem gegenüber nicht bestreiten lassen, daß eine Wahlbeteiligung von 75 v. H. schon recht hoch ist. Allerdings ist eine stärkere Teilnahme der Wahlberechtigten, so im Kreise Dillenburg-Offenbach, wo sie in den Jahren 1898 bis 1903 von 66 auf über 88 v. H. stieg und den Sieg der bürgerlichen Parteien ermöglichte, vorschieden, vorgenommen, aber sie gehört doch zu den Seltenheiten. Es müßte schon mindestens der dritte Teil der 18 128 im Jahre 1903 wohldürftig gewesenen Wähler gegen die Sozialdemokratie an die Urne zu bringen sein, wenn es gelingen sollte, den Wahlkreis der revolutionären Partei zu entziehen. Vor allem aber steht es noch ganz und gar an einer Vereinbarung unter dem staatsverhaltenden Bürgertum, das Nationalliberalen, Welfen, Konservative und Zentrumsteile umfasst. Gewiß ist, daß die Welfen einen eigenen Kandidaten aufstellen werden, ebenso sicher ist es nach der Geschichte der beiden Parteien, daß das Zentrum den welfischen Kandidaten unterstützen würde. Die Nationalliberalen sind zu einem Entschluß noch nicht gelangt. Da Welfen und Nationalliberalen von jeher unbedeutende Gegner gewesen sind, so werden leichtere oder Wohlwollendere Partei noch mit der Stille als Eigenbrüder sich absindern müssen. So ist auch hier der Weg für den Siegesmarsch der Sozialdemokratie gegeben. Was will es da bedeuten, daß die beteiligte Arbeitervorsteherung sich gegen den Beschluss der Parteileitung aufgelehnt haben soll, die den Rechtsanwalt Viebnecht, den Sohn des bekannten alten Parteigenossen, als Kandidaten ausspielen will. In Hannover-Linden will die Arbeitervorsteher durch einen der übrigen im Reichstage vertreten sein, durch einen Mann wie den Abgeordneten Weißer, den jeder kennt und der das volle Vertrauen seiner Wähler besitzt. Die sozialdemokratische Parteileitung wird diesem Verlangen Rechnung tragen, und dann ist der Ausgang der Wahl vom 22. Juni entschieden.

Eine Betrachtung der Bedingungen, unter denen die nächsten Wahlkämpfe um Reichstagsmandate stattfinden, eröffnet, wie man sieht, der nationalen Sache durchaus keine günstige Perspektive. Vor allem muß vor dem allzu optimistischen Glauben an einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen gewarnt werden. Daß ein Rückgang stattgefunden hat, ist ja nicht zu bestreiten, aber er ist so klein, so unbedeutend, daß es völlig verteilt wäre, davon übertriebene Hoffnungen zu knüpfen. Gerade die bevorstehenden Nachwahlen werden keinen Zweifel lassen, wie es um die Macht und Größe der Sozialdemokratie in Deutschland und damit zugleich um die Nähe und Intensität der revolutionären Gefahr bestellt ist. Wenn aber diese Wahlen in dem Sinne Ausklärung schaffen, daß sich alle bürgerlichen Parteien, gleichviel welcher Richtung und Stellung, der absoluten Not-

## Neueste Drahtmeldungen vom 1. Mai.

### Deutscher Reichstag.

Berlin. (Frid.-Tel.) Die zweite Beratung des Brau-  
steuer-Gesetzes wird fortgelebt beim § 3a und dem dazu vor-  
liegenden Antrage Sveds, demzufolge der Höchsttag der  
Steuerklassen nur 9 Pf. statt 10 Pf. betragen und erst bei  
11 000 Doppelzinsen Brauost beginnen soll. — Abg. Graf  
Wielzyński (Pole) spricht gegen jede Steuererhöhung und  
bestreitet jede Notwendigkeit einer Steuerreform überhaupt. Die  
preußische Regierung habe 500 Millionen übrig für einen Repli-  
kationsantrag gegen die Pole, da seye er nicht, wozu noch neue  
Steuern erforderlich seien. (Präsident Graf Ballenstedt: Wir  
bedürfen uns heute nicht in der Generalabstimmung, sondern beim  
Bauuntersteuern § 3a. Heute ist es — Abg. Kopisch (Pole),  
beleidigt gleichfalls die Vorlage. Abg. Petrich (Pole) hält auf  
einen Fall vermessen, in dem ein Witz für Abstandnahme von  
seinem Post 15 000 Pf. erhalten habe. Dabei denkt aber Herr  
Klein nicht an die zahlreichen Fälle, in denen die Witze trotz  
aller Tüchtigkeit in Vermögensverfall geraten seien. — Abg.  
Söllner (Sax.) bemüht sich, Suddenfischer, in Süddeutschland  
seinen Post mit den douligen bayerischen Beispielen durchaus nicht zufrieden. Staatsekretär Freiherr v. Engelhardt (Sax.) tritt nochmals für die  
Kommissionsschicht ein. — Abg. Speck (Brem.) erklärt, sein  
Antrag bedeute nicht, daß Zustandekommen der Finanztransfor-  
mation gebunden, sondern vielmehr es sicherzustellen. Er wolle  
denken, die an sich eine Brasilianer-Erhöhung wünschten, denen  
aber die Säige der Kommission zu hoch liegen, eine Rückzugs-  
linie eröffnen. Ein Teil der Unterzeher des Antrags werde  
in einer Linie für die Kommissionsschicht stimmen, erst wenn  
diese abgelehnt seien, für den Antrag. — Abg. Schmölle (Brem.)  
erklärt sich gegen die ganze Brauosteuer-Erhöhung. — Hierauf wird die Diskussion über § 3a geschlossen. In der  
Abstimmung werden die von der Kommission vorgeschlagenen  
Staffelzölle mit 146 gegen 113 Stimmen angenommen. Dagegen  
stimmen Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen, Wirtschaftliche  
Vereinigung und einzelne nationalliberale und Zentrum-Abge-  
ordnete. Vier Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Der  
Antrag Sved ist damit einstellig geworden. — Dann kommt § 1  
zur Beratung, der für die untergeordneten Biere das unbedingte  
Surrogat-Verbot und auch für die obergärigen Biere das unbefugte  
Gerste, Mais, Hopfen, Hefe und Wasser nur eine begrenzte  
Angabe von Maiszurrogate zuläßt. — Abg. Baudruide (Frei-  
Vereinig.) erklärt, daß das norddeutsche Braugewerbe mit dem  
Verbot durchaus einverstanden sei, nur für eine ganz be-  
stimmte Sorte Bier, die sich als solche definierte, daß sogenannte  
Waldbier, sei eine ausdrückliche Annahme erwünscht. § 1 wird  
unverändert angenommen. Bei § 1a, wonach die Brau-  
steuer von dem zur Verarbeitung verwendeten Mais und Buder  
erhoben wird, begründet Abg. Süderkum (Sax.) einen An-  
trag, wonach der obergärigen Bieren nach Abschluß des  
Brauverfahrens“ zugestellt werden darf, der Steuer unterliegen soll. — Direktor im Schatzamt Süderkum hat keine prinzipiellen  
Bedenken gegen diesen Antrag, sonst aber die Schwierigkeiten  
des Kontrollen, ebenso Abg. Pöschl (nati.), Kampf (Mecklenb.),  
Speck (Brem.) und Müller-Sagan (Sax.). — Der Antrag wird schließlich mit einem Ammendment  
des Abg. Kamp angenommen, wonach hinter „nach Abschluß  
des Brauverfahrens“ eingeschaltet wird „und außerhalb der  
Betriebsstätte“. — Eine weitere Debatte veranlaßt ein Antrag  
Pöschls auf Einschaltung eines neuen Paragraphen zu des  
Zahlungs-, Welcher Beitrag als Überverbrauchsabgabe zur Erhebung  
kommt, wird vom Bundesrat festgelegt und dem Reichstag zur  
Annahme mitgeteilt. Die Abstimmung erfolgt von jetzt  
zu fünf Jahren“. — Direktor Süderkum glaubt, ohne den Entschlie-  
ßungen der verbündeten Regierungen vorzugehen, daß bei der  
Abstimmung und Neuregelung der Überverbrauchsabgaben und Rück-  
vergütungsbücher neben den Steuern auch die Ausbeutebefreiung  
berücksichtigt werden müssen. — Abg. Baudruide steht seinen An-  
trag zurück. — Abg. Süderkum (Sax.) beantragt, daß von 1910 ab es allen Kommunen verboten sei folle, lokale Biersteuern  
zu erheben. — Gemeindedirektor der indirekten Steuern Wallach  
erklärt es für außerordentlich bedeutslich, bei dieser Gelegenheit  
eine solche Bestimmung zu treffen. Zahlreiche Gemeinden, die  
eigene Biersteuern eingeführt hätten, würden durch das bestehende  
Verbot in die größte Verlegenheit kommen. — Abg. Speck (Brem.)  
berichtet: Gerade in Bayern würde eine große Anzahl kleinerer  
Gemeinden, die über andere neue Einnahmequellen gar nicht  
verfügen, schwer durch ein solches Verbot geschädigt werden.  
Lebendiges sollten die Mitzigarbeiter doch zum mindesten einsam  
in den Gemeinden, wo sie das Getränk in den Händen haben, die  
Biersteuer aufzubringen; so in Böhmen. Warum tun sie es dort nicht? —  
Abg. Kamp (Mecklenb.) und Busing (nati.) wenden sich  
gleichfalls gegen den Antrag, während die Abg. Müller-Sagan (Sax.) und Brügel (nati.) dafür eintreten. — Der Antrag Süderkum und Genossen wird abgelehnt. Für den  
Antrag stimmen nur Sozialdemokraten, alle Freisinnigen und  
Nationalisten. Der Rat des Brauuntersteuerns wird abgelehnt. — Hierauf  
wird noch ohne jede Debatte gemäß dem Antrage der Kom-  
mission das Taxabstieuerergelte in zweiter Lesung in allen  
seinen Teilen abgelehnt. — Schluss der Sitzung 7½ Uhr.  
Morgen 1 Uhr: Toleranztag in zweiter Lesung.

### Die Maifest in Berlin.

Berlin. Von der Maifestwoche vor hier im öffentlichen  
Straßenleben nicht viel zu hören. In 80 Versammlungen wurde  
überall gleiche Tagordnung behandelt: „Die Bedeutung des  
1. Mai und das Wahlrecht der Arbeiter“. Eine darauf bezügliche  
Resolution stand melli ohne Diskussion einstimmig angenommen.